

Vorsitzender Duldhardt schlägt vor, für die weitere Beratung über die Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes Sachverständige aus Kommunen einzuladen, die über ihre Erfahrungen mit solchen Einrichtungen informieren. Frau Deitenbach vertritt die Auffassung, dass die Einführung eines solchen Gremiums längst überfällig und bereits in anderen Kreiskommunen wie St. Augustin, Much und Niederkassel vorhanden ist. Sie wünscht sich Informationen über die unterschiedlichen Modelle von Jugendparlamenten und Foren sowie den Kosten solcher Einrichtungen. Frau Hartmann weist darauf hin, dass beim LVR ein Fachbereich existiert, der die unterschiedlichen Formen einer Jugendbeteiligung kennt und hierüber Auskunft geben kann. Nach Auffassung von Herrn Müller sollten zwei Vertreter von Kommunen mit einem entsprechenden Jugendangebot sowie ein Vertreter des LVR in den Fachausschuss eingeladen werden. Er habe jedoch die Befürchtung, dass bei Einführung eines Kinder- und Jugendparlamentes bei den Jugendlichen Begehrlichkeiten und Hoffnungen geweckt werden könnten, die politisch und finanziell nicht zu erfüllen sind. Dies führe möglicherweise zu einem negativen Ergebnis, das keiner wolle. Herr Fürst und Herr Schmidt sehen dies nicht so und hoffen, dass durch weitere Informationen bestehende Bedenken abgebaut werden können.